

Datum: Donnerstag, 11. Januar 2024

Datum	Ort	Anlass
11.01.2024	Festhalle, Kressbronn a. B.	Neujahrsempfang 2024

Ansprache zum Neujahrsempfang 2024

I. Einleitung

Was die kommunale Ebene in Baden-Württemberg heutzutage leistet, ist Grundlage für das Funktionieren unseres Staates und auch unserer modernen Zivilisation. Allerdings stellt sich die Frage, ob das alles immer selbstverständlich sein sollte. Dass Wasser aus dem Wasserhahn kommt, dafür sorgt die Gemeinde schon lange. Dass Abwasser nicht wie früher einfach vor dem Haus die Straße entlang ungereinigt in das nächste Gewässer fließt, dafür sorgt auch die Gemeinde. Innerörtlicher Straßenbau, Straßenreinigung, Schneeräumung, Feuerwehr, das sind alles Aufgaben, die seit jeher zur Daseinsvorsorge gehören und klassisch bei der Gemeinde angesiedelt sind. Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde das Thema Kinderbetreuung zur kommunalen Aufgabe erklärt. Inzwischen sind die Gemeinden aber auch für die Betreuung in den Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten zuständig. Für den Schulbau waren wir immer schon verantwortlich. Sport- und Kulturstätten hat die Gemeinde gebaut, in Kressbronn a. B. wird sogar eine Musikschule unterhalten. Letzteres ist in unserer Größenordnung landesweit eher ungewöhnlich und eine Besonderheit im Bodenseekreis. Wir beschäftigen einen Jugendarbeiter und mehrere Schulsozialarbeiter. Über das Regionalwerk sorgen wir für Strom, Wärme und Energie. Mit Photovoltaikanlagen erzeugen wir inzwischen selbst Energie. In neuerer Zeit kamen die Aufgaben Artenschutz über die Biotopverbundplanung, Hochwasserschutz, Schutz vor Starkregen, Gewässerentwicklung und Renaturierungen von Fließgewässern dazu. Da die Telekommunikationsunternehmen und der Bund völlig versagt haben, bauen wir inzwischen jetzt auch schon Telekommunikationsleitungen – Stichwort: Breitband- und Glasfaserversorgung. Der Gemeindevollzugsdienst, auch eine Besonderheit in Baden-Württemberg, muss zunehmend für Sicherheit und Ordnung sorgen, weil die Polizei ebenfalls zunehmende Aufgaben bei gleichzeitig sinkendem Personal bearbeiten muss und daher schon lange kaum noch anlasslose Streifen fahren oder gar laufen kann. Mit dem Bürgerbus ist die Gemeinde in den Öffentlichen Personennahverkehr eingestiegen. Dass die Anschlussunterbringung im Rahmen der Flüchtlingskrisen zu einer großen kommunalen Aufgabe geworden ist, brauche ich in diesen Zeiten nicht näher zu erläutern.

Die Aufgaben, die die Gemeinden leisten müssen, sind weitaus zahlreicher, als dies noch vor 30 Jahren der Fall war. Das an sich wäre eigentlich gar nicht das Problem. Das Problem ist: irgendjemand muss das alles bezahlen. Außerdem braucht es die dafür notwendigen Fachkräfte. Unser Sozialstaat wird immer mehr zum Wohlfahrtsstaat für alle. Neben den vorher genannten öffentlichen Aufgaben kommt der ganze Sozialleistungsbereich noch

hinzu. Bürgergeld, Bundesteilhabegesetz, Jugendhilfe, Kindergrundsicherung etc. Die Liste der staatlichen Leistungen wird immer länger. Zum Glück liegt Letzteres im Verantwortungsbereich des Landkreises und nicht der Gemeinde. Aber die Problematik ist beim Landkreis gleich wie bei Städten und Gemeinden. Es muss daher wieder der Grundsatz gelten und hier zitiere ich den Präsidenten des Gemeindetags: „Mehr Eigenverantwortung, mehr Leistungsbereitschaft statt einer sich immer weiter auswachsenden Vollkasko mentalität“.

Das ist zugegebener Maßen eine große Herausforderung in Zeiten, in denen zunehmend mehr Menschen sich die vier Tage Woche wünschen, manche für die 35-Stunden-Woche streiken und gleichzeitig immer weniger Menschen bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so kann eine Gesellschaft auf Dauer nicht funktionieren! Wir müssen uns wieder auf das Wesentliche konzentrieren – auf das, was machbar und finanzierbar ist.

Es muss endlich auch Schluss damit sein – und das richte ich vor allem an die Parlamentsabgeordneten –, dass Bund und Land den Menschen Versprechungen machen, die dann die Gemeinden umsetzen und auch noch bezahlen sollen. Der Bund schafft einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Das ist dem Grundgedanken nach völlig richtig, denn Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist elementar für eine funktionierende Wirtschaft. Es gehört aber auch zur Wahrheit, dass wir als Gemeinde derzeit eine fünfgruppige Kinderbetreuungseinrichtung bauen und hierfür nur geringe finanzielle Unterstützung von übergeordneter Stelle erhalten. Nicht anders verhält es sich beim Ausbau der Betreuung an den Schulen. Der Bund schafft einen einklagbaren Rechtsanspruch bis 2026 und verpflichtet die Gemeinden entsprechende Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Dafür sind Baumaßnahmen an den Schulen notwendig. Begonnen kann mit den Baumaßnahmen aber erst dann, wenn Förderzusagen vorliegen, wenn man nicht alles allein finanzieren möchte. Das dafür notwendige Förderprogramm wird vom Bund aber gerade einmal zwei Jahre vor Inkrafttreten des Rechtsanspruchs aufgelegt. Und jetzt weiß jeder, der in der kommunalen Praxis tätig ist, dass solche Baumaßnahmen bis zu zwei Jahre dauern können und vorher auch noch europaweit ausgeschrieben werden müssen. Im Klartext heißt das, dass die Baumaßnahmen bis 2026 vielerorts gar nicht zu schaffen sind. Und es sind dann nicht die Bundesregierung, Bundesminister oder Parlamentsabgeordnete, die das dann den Menschen erklären müssen. Das sind Bürgermeister, Gemeinderäte oder Verwaltungsmitarbeiter.

Politische Versprechen ohne Rücksprache mit uns Kommunen zu machen und sie dann nicht zu erfüllen, das ist es, was bei den Menschen zu Politikverdrossenheit führt. Das treibt die Wählerinnen und Wähler zu links- und rechtspopulistischen Parteien und gefährdet unsere Demokratie ganz massiv.

II. Aktuelle Themen in der Bundespolitik

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf zwei aktuelle Themen eingehen.

1. Flüchtlingspolitik

Uns bewegt alle derzeit die Flüchtlingspolitik. Seit vielen Jahren wird die Bundesrepublik Deutschland ihrer sozialen Verantwortung gerecht und nimmt zahlreiche, inzwischen Millionen Flüchtlinge auf. Die Willkommenskultur war stets offen und zugewandt. Viele Menschen haben sich haupt- oder ehrenamtlich in der Flüchtlingsbetreuung engagiert, bei der Integration geholfen oder auch Sprachkurse gegeben. Ihnen allen möchte ich ein herzliches Dankeschön aussprechen. Auch wir Kommunen haben alles dafür gegeben, unserer Verantwortung nachzukommen.

Wir haben vor einigen Jahren aber noch geglaubt, dass die Flüchtlingsströme nach Europa und Deutschland weniger werden. So naiv es klingen mag, wir haben geglaubt, dass die Krisen im Nahen Osten gelöst werden. Da haben wir uns ziemlich getäuscht. Es kommen immer noch mehr Flüchtlinge zu uns. Und ich muss es jetzt deutlich sagen: wir sind an der Kapazitätsgrenze angelangt. Besonders in der Bodenseeregion ist Wohnraum knapp und teuer. Wir wissen nicht mehr, wo wir die Menschen unterbringen sollen. Vor allem dann, wenn die Unterbringung auch menschenwürdig erfolgen soll. Auch wir als Gemeinde haben keine Plätze mehr. Die Parkturnhalle ist bereits durch das Landratsamt belegt und kann trotz aller Bemühungen nicht aufgelöst und freigemacht werden. Aber die Unterbringung allein ist es gar nicht einmal. Flüchtlinge müssen nämlich auch betreut und integriert werden. Sie müssen gezeigt bekommen, wie man sich bei uns zu verhalten hat, welche Sitten und Gebräuche bei uns gelten. Das ist aber nur möglich, wenn sich Haupt- oder Ehrenamtliche um die Flüchtlinge kümmern. Daran fehlt es zunehmend. Viele Ehrenamtliche haben sich zurückgezogen, hauptamtliche Kräfte sind wegen des Fachkräftemangels kaum noch zu finden und die, die da sind, sind an ihrer Belastungsgrenze. Ohne Betreuung und Integration sind aber soziale Spannungen und Konflikte vorprogrammiert. Parallelgesellschaften entstehen und die allgemeine Sicherheitslage wird beeinträchtigt.

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Herren Abgeordnete, so geht es nicht mehr weiter! Wir brauchen eine Obergrenze, wir brauchen eine Begrenzung der Anzahl der Flüchtlinge, die wir aufnehmen können. Asylverfahren müssen beschleunigt, der Rechtsweg verkürzt werden. Die Anzahl der sicheren Herkunftsstaaten muss ausgeweitet werden. Flüchtlinge sollten in zentralen Aufnahmestellen der Länder oder an den Außengrenzen Europas verbleiben und erst dann auf die Kommunen verteilt werden, wenn sie anerkannt sind. Was bringt es, Menschen in unsere Systeme zu integrieren, die hier nicht bleiben dürfen? Wir brauchen diese Plätze für jene, die wirklich mit einem anerkannten Fluchtgrund zu uns kommen und berechtigt unsere Hilfe in Anspruch nehmen. Falsch finde ich es nach wie vor, dass Flüchtlingen ohne Ausweis oder Pass die Einreise gewährt wird. Ohne ordnungsgemäße Registrierung darf es keinen Weg über die Grenzen geben. Ausnahmslos!

Wir müssen wissen, wer unser Land betritt. Und eines ist auch ganz klar: solange die finanziellen Leistungen innerhalb von Europa nicht einheitlich sind, werden die Flüchtlinge immer in das Land mit den höchsten Asylbewerberleistungen kommen und das ist nunmal die Bundesrepublik Deutschland. Aber, bei alledem gibt es zwei Dinge, die mich besonders stören: Erstens gehören Flüchtlinge, die Straftaten begehen abgeschoben und zwar unabhängig davon, wie schwerwiegend die Straftat ist. Zweitens kann es nicht sein, dass der Bund darüber entscheidet, wie viele Flüchtlinge und unter welchen Voraussetzungen in unser Land kommen und wir Gemeinden es dann am Schluss alles bezahlen sollen. Ich erwarte, dass die Gemeinden künftig von den Kosten für die Flüchtlingsunterbringung vollständig freigestellt werden.

Lassen Sie es mich vorsichtshalber nochmal klarstellen: wir haben eine Willkommenskultur, wir sind bereit, unserer sozialen Verantwortung gerecht zu werden und Flüchtlinge, die unsere Hilfe brauchen, aufzunehmen. Aber wir sind an der Belastungsgrenze: personell, materiell und finanziell. Die Stimmung in der Bevölkerung kippt. Wir schaffen das nicht mehr, es muss gehandelt werden. Jetzt!

2. Landwirtschaft

Gestatten Sie mir nun ein zweites aktuelles – eigentlich bundespolitisches – Thema anzusprechen, das genauso wie die Flüchtlingspolitik einen starken kommunalen Bezug hat. Es ist die immer stärkere Gängelung unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Sie alle wissen, dass auch in unserer Gemeinde die Landwirtschaft eine lange Tradition hat. Es ist die Landwirtschaft, die für die Ernährung der Bevölkerung sorgt und gleichzeitig die Landschaft pflegt, damit diese so traumhaft schön und attraktiv wirkt.

Ich kann es aber verstehen, dass die Frustration bei den Landwirten immer größer wird. Angefangen von der zunehmenden Bürokratie. Alles muss inzwischen dokumentiert werden. Wer aber Landwirt geworden ist, will in und mit der Natur arbeiten und gerade nicht am Schreibtisch. Kunden wollen immer perfekte Ware, aber Pflanzenschutzmittel bitte nicht. Das ist nur leider ein Widerspruch in sich. Das Grünlandumbruchverbot sorgt dafür, dass keine neuen bewirtschaftbaren Flächen geschaffen werden können. Das Hochstammrodungsverbot war bei seiner Einführung ein Garant dafür, dass diese Bäume heute alle nicht mehr stehen. Das würden sie aber, wenn man ihnen mit diesem Gesetz nicht einen Bärendienst erwiesen hätte. Der allgemeine Mindestlohn, er beträgt inzwischen 12,41 Euro, hat die Produktionskosten gerade bei den hier angebauten Sonderkulturen stark in die Höhe getrieben. Auch hier wollte die Politik nicht hören, dass es sinnvoller gewesen wäre, branchenspezifische Mindestlöhne anzusetzen. Vor allem in einer Branche, die sich ganz überwiegend aus Saisonkräften anderer Staaten mit deutlich niedrigeren Lebenshaltungskosten bedient. Die zunehmenden Einschränkungen für die Landwirtschaft stellen die Wirtschaftlichkeit der Berufsausübung immer mehr in Frage. Da ist es einfach nicht mehr verwunderlich und nur noch nachvollziehbar, dass die Landwirte jetzt bei der ursprünglich geplanten Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge, die es seit 1922 gibt, und der Abschaffung der Beihilfen für Agrardiesel auf die Straße gehen und in aller Entschlossenheit dagegen protestieren.

Seien wir ehrlich: wir sind doch alle froh, dass es Landwirtinnen und Landwirte gibt, die für unsere Ernährung sorgen und sich um die Pflege der Landschaft kümmern. Es ist ein körperlich anstrengender Beruf, mit großem wirtschaftlichen Risiko und die meisten von uns haben sich dafür entschieden, diesen Beruf nicht ausüben zu wollen. Auch, weil der Lohn im Verhältnis zur Arbeitszeit sehr hart verdient ist. Deshalb machen die meisten Landwirte es auch aus voller Überzeugung. Deshalb brauchen die Landwirtinnen und Landwirte jetzt unsere volle Unterstützung dafür, dass sie sich um diese gesellschaftlichen Aufgaben kümmern. Danke dafür und ich sage deutlich: die Gemeinde Kressbronn a. B. steht an der Seite ihrer Landwirtschaft.

III. Rückblick auf das vergangene Jahr

Ich möchte nun aber nach dem bundespolitischen Exkurs wie in jedem Jahr einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr in Kressbronn a. B. werfen. Kommunalpolitisch sind wir nicht untätig geblieben, es hat sich wieder einiges bewegt.

1. Bildung, Schule und Jugend

Der Schwerpunkt unserer und auch meiner kommunalpolitischen Arbeit liegt nach wie vor auf der Bildung. Im vergangenen Jahr haben wir insbesondere die Sanierung des Parkschulzentrums fortgeführt. Die Lehrküche wurde vollständig umgebaut und mit modernen Geräten ausgestattet. Die Digitalisierung hat nun Einzug in die Schule gefunden. Interaktive Bildschirme, sogenannte Smart- oder Whiteboards, digitale schwarze Bretter, neue Lehrerpulte mit modernen Dokumentenkameras und Beamern samt Lautsprechern wurden eingebaut. Zur Abrundung der Baumaßnahmen haben wir das Dach der Schule saniert, eine Photovoltaikanlage installiert und die Fassade neu gestrichen. Außerdem haben wir die Fahrradständer vor dem Altbau neugestaltet und gegen überdachte und beleuchtete Abstellanlagen ausgetauscht. Mit Abschluss der Sanierungsmaßnahme werden wir rund 7,5 Mio. Euro in die Schule investiert haben.

Bei der Kinderbetreuung stand in diesem Jahr die Neugestaltung des Außenspielbereichs des Kindergartens St. Michael im Vordergrund. Zwar handelt es sich dabei um eine katholische Einrichtung, aber die Gemeinde finanziert seit Langem einen Großteil der Investitionsmaßnahmen. Wir sind der Kirchengemeinde nach wie vor dankbar, dass sie dieses Angebot in der Kinderbetreuung zur Verfügung stellt und auch den laufenden Unterhalt selbst finanziert.

Die Jugendarbeit stand im vergangenen Jahr vor allem im Zeichen von einem Graffiti-Workshop und dem Skate-Contest mit ersten Sanierungsmaßnahmen an der Skateanlage.

2. Verwaltung, Finanzen und Bürgerbeteiligung

Mit der Onlinestellung des Elektronischen Rathauses sind wir inzwischen richtig in die Digitalisierung von Behördengängen eingestiegen. Zahlreiche Anträge können künftig von zu Hause aus online, bequem und digital gestellt werden. Nutzen Sie also das neue Angebot!

Künftig fährt übrigens auch die Gemeindeverwaltung elektrisch. Im letzten Jahr haben wir drei Elektrofahrzeuge beschafft, zwei VW ID.3 stehen in neuem Dienstfahrzeug-Design der Rathausverwaltung zur Verfügung. In Kombination mit den neuen Ladesäulen und der PV-Anlage über dem Nebengebäude des Rathauses, fahren wir inzwischen nicht nur klimafreundlicher, sondern auch günstiger.

3. Bauen und Infrastruktur

Im Bereich Bauen und Infrastruktur hat sich ebenfalls viel bewegt. Beim Ausbau der Glasfaserleitungen sind wir ein gutes Stück weitergekommen. Insbesondere die Bereiche Bildungszentrum, Kümmertsweiler und Tunau sollen noch im ersten Halbjahr in Betrieb genommen werden.

Das neue Baugebiet Bachtobel nimmt langsam Gestalt an. Wir konnten einen Großteil der Erschließung im Jahr 2023 fertigstellen. Die Anbindung und Neugestaltung von Friedrichshafener und Tettninger Straße sind abgeschlossen. Für den ca. 3.000 m² großen Kinderspielplatz haben wir eine Planung und den Baubeschluss gefasst. Etwa die Hälfte der Reihenhausbauplätze konnten an Familien vorwiegend aus Kressbronn a. B. vergeben werden, die andere Hälfte steht noch zur Vergabe aus. Die Sparkasse Bodensee wird darüber hinaus 80 Mietwohnungen im Baugebiet realisieren. Des Weiteren werden dort 15 kommunale Mietwohnungen entstehen, über dem Kinder- und Familienzentrum nochmals weitere 12 kommunale Mietwohnungen. Insgesamt werden im Baugebiet Bachtobel 107 Mietwohnungen realisiert. Ich betone nochmals: Mietwohnungen, also keine Eigentumswohnungen.

So, meine Damen und Herren, sieht ein wichtiger Beitrag zur Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum in unserer Gemeinde aus.

Uns ist aber auch das Thema Barrierefreiheit wichtig. Wie Sie wissen, haben wir in der Vergangenheit schon viel dafür getan. In einigen Gebäuden wurden Aufzüge nachgerüstet, Bordsteine abgesenkt, Bushaltestellen umgebaut. Letztes Jahr haben wir ein Konzept ausgearbeitet, um mehr Behindertenparkplätze im Gemeindegebiet auszuweisen. Ziel war es, dass vor jeder öffentlichen Einrichtung der Gemeinde mindestens ein Behindertenparkplatz zur Verfügung steht. Es ist uns nach wie vor wichtig, dass Menschen mit Beeinträchtigungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

4. Verkehr und Umwelt

Nicht ganz populär, aber notwendig, war die Anhebung der Parkgebühren und vor allem die Ausweitung der Gebührenpflicht auf zahlreiche weitere Straßen ab dem 1. Januar 2024. Niemand zahlt gerne Parkgebühren, ich denke, darin sind wir uns einig. Wir wollten aber vor allem folgende Ziele erreichen: 1. Eine Entlastung des Verkehrs und die Bekämpfung des Dauerparkens, 2. Eine Verringerung von CO₂-Emissionen zur Stärkung des Klimaschutzes, 3. Eine Steuerung und Verteilung des Parkverkehrs durch unterschiedlich hohe Parkgebühren und 4. Eine Beteiligung der Parkenden, insbesondere der Tagestouristen, an den Kosten für die Parkplätze. Wir appellieren deshalb an die Einheimischen und die örtliche Bevölkerung:

nehmen Sie bitte das Fahrrad oder gehen Sie zu Fuß. Gleichzeitig war es uns aber wichtig, diejenigen nicht auch noch finanziell zu belasten, die eben gerade auf das Auto zwingend angewiesen sind, weil sie schlecht zu Fuß sind oder eine Beeinträchtigung haben. Deshalb haben wir eine vollständige Gebührenbefreiung für Menschen mit Gehbeeinträchtigungen und amtlich anerkannter Schwerbehinderung eingeführt, auch wenn sie nicht die Berechtigung haben, auf einem Behindertenparkplatz zu parken. Wer also einen Schwerbehindertenausweis mit Gehbeeinträchtigung hat, kann künftig im gesamten Gemeindegebiet gebührenfrei Parken und muss dazu nur den Schwerbehindertenausweis hinter die Windschutzschreibe legen. Das ist eine sozialverträgliche Ausgestaltung von Parkgebühren.

Die Umwelt stand im Jahr 2023 bei uns stark im Fokus. Wir haben für die Gemeinde ein umfassendes Klimaschutzkonzept beschlossen, das Handlungsmöglichkeiten aufzeigt, um die Klimaneutralität der Gemeinde möglichst bis 2035 zu erreichen. Um die kommunale Verwaltung möglichst autonom mit Strom zu versorgen, wurden in diesem Jahr auf weiteren sechs Dächern PV-Anlagen installiert. Damit kommen wir dem Ziel, dass unsere Gemeinde so viel Strom erzeugt, wie sie verbraucht, einen großen Schritt näher.

Sie sehen also, im vergangenen Jahr hat sich wieder viel in der Gemeinde getan. Im Detail können Sie das alles wie immer im Kressbronner Jahrbuch nachlesen.

IV. Ausblick auf das kommende Jahr

Auch in den nächsten Jahren stehen der Gemeinde große Investitionen bevor. Wir planen derzeit in den nächsten fünf Jahren mit einem Investitionsvolumen von rund 50,2 Mio. Euro im Kernhaushalt, weitere 46,8 Mio. Euro sollen in den Eigenbetrieben investiert werden. Macht zusammen Gesamtinvestitionen von 97 Mio. Euro bis 2027. Das ist eine große Herausforderung.

In diesem Jahr wird der Baubeginn des Kinder- und Familienzentrums sicherlich ein großer Meilenstein sein. Mit rund 16 Mio. Euro gehört das Projekt zu den teuersten in der Geschichte der Gemeinde Kressbronn a. B. Aber, mit einer fünfgruppigen Kinderbetreuungseinrichtung, dem Familientreff, Gemeindearchiv und 12 Mietwohnungen werden hier mehrere Projekte vereint, die ein sinnvolles Ganzes bilden und eine Infrastrukturaufwertung für die ganze Gemeinde bedeuten.

Im Jahr 2024 stehen darüber hinaus die Einrichtung eines kommunalen Naturkindergartens, die Sanierung der Bodanstraße beim Naturstrandbad, die Erweiterung und Modernisierung des Bauernpfades oder auch die Installation eines Sirenenwarnsystems in der Gemeinde an. Insgesamt wird in den nächsten Jahren eine Verlagerung der Finanzmittel von vielen Kleinprojekten zu wenigen Großprojekten erfolgen, die unsere volle Aufmerksamkeit bedürfen.

V. Danksagungen und Schluss

Am Ende meiner Ansprache möchte ich wie immer die Gelegenheit nutzen, um einigen Menschen Dank auszusprechen. Danken möchte ich wie in jedem Jahr den Damen und Herren des Gemeinderates. In unzähligen Stunden setzen sich die Gemeinderätinnen und Gemeinderäten für die Gemeinde und das Allgemeinwohl ein. Es ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, die aber auch einen tieferen Einblick gewährt und mitunter spannend und interessant sein kann. Als Gemeinderat kann man etwas bewirken und dazu beitragen, unsere Gemeinde zu gestalten. Deshalb danke ich allen amtierenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäten dafür, dass sie ein Teil ihrer Freizeit nicht nur im letzten Jahr, sondern in den letzten fünf Jahren für unser Gemeinwesen geopfert haben.

In diesem Jahr finden wieder Gemeinderatswahlen statt. Die Zusammensetzung des Gremiums wird sich daher voraussichtlich ändern. Wie genau, das können Sie, meine Damen und Herren aktiv mitbestimmen, wenn Sie am 9. Juni 2024 an der Gemeinderatswahl teilnehmen. Nutzen Sie diese Chance, gehen Sie zur Wahl und bestimmen Sie mit, wer unsere Gemeinde künftig im Gemeinderat vertreten soll. Gleiches gilt natürlich auch für den Kreistag des Bodenseekreises, für den auch ich mich erneut bewerben werde.

Ich möchte mich auch ganz herzlich bei allen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde bedanken, die tagtäglich ihren Dienst für die Bürgerinnen und Bürger sowie das Allgemeinwohl leisten. In der heutigen Zeit werden die Aufgaben immer komplexer und umfangreicher. Das macht die Arbeit nicht immer leicht. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen aber nach wie vor mit großem Tatendrang, Engagement und einem hohen Maß an Professionalität an ihre Aufgaben heran. Das ist nicht selbstverständlich und auch ein Garant dafür, dass unsere Gemeinde heute so gut dasteht.

Wir stehen aber auch deshalb so gut da, weil unser bürgerschaftliches Engagement in seinen zahlreichen Facetten einfach großartig ist. Die örtlichen Vereine, Kirchen und gemeinnützigen Organisationen leisten einen unschätzbar wertvollen Beitrag für das gesellschaftliche Miteinander. Zahlreiche Menschen sind in der Gemeinde oder auch darüber hinaus ehrenamtlich tätig und setzen sich für Bildung, Sport, Musik, Kultur, Kunst, Brauchtum, Soziales, Gesundheit, Natur- und Tierschutz, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe oder anderes ein. Dafür gebührt allen Anerkennung und großer Dank. Toll, was in unserer Gemeinde geleistet wird!

Abschließend danke ich Ihnen allen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, für Ihre stete Unterstützung der Verantwortungsträger im Ehrenamt, in der Kommunalpolitik und der Gemeinde. Ohne Ihre Unterstützung könnten wir alle nicht so erfolgreich für unser Gemeinwesen tätig sein.

Lassen Sie uns unsere Gemeinde daher auch im kommenden Jahr gemeinsam gestalten und weiterentwickeln. Lassen Sie uns, um wieder an meine Worte am Anfang anzuknüpfen, das Allgemeinwohl in den Mittelpunkt unseres Wirkens, unserer aller Arbeit und unseres Denkens stellen. Dann gilt das, was Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716), ein bedeutender

deutscher Mathematiker, Physiker, Philosoph, Jurist und Historiker einst sagte: „Es ist eine meiner Überzeugungen, dass man für das Gemeinwohl arbeiten muss und dass man sich im selben Maße, indem man dazu beigetragen hat, glücklich fühlen wird“.

Herzlichen Dank.